

Nachrichten

Polizeigesetz Therwil kritisiert Entwurf

Im Gegensatz zu anderen Gemeinden ist der Therwiler Gemeinderat mit dem bestehenden Entwurf des kantonalen Polizeigesetzes unzufrieden. Insbesondere zweifeln die Therwiler in ihrer Vernehmlassungsantwort an der Vorgabe, dass die Gemeinden ihren eigenen Polizeidienst während 24 Stunden an 365 Tagen gewährleisten müssen. (BZ)

Regierung Schulleiter sollen mehr Zeit haben

Der Regierungsrat will, dass die Schulleitungen der Volksschulen mehr Stellenprozente für die Erfüllung ihrer Aufgaben zugesprochen erhalten. Eine entsprechende Teilrevision der Verordnung für die Schulleitung und die Schulsekretariate hat der Regierungsrat zur Vernehmlassung freigegeben, wie er gestern mitteilte. Der Antrag auf Erhöhung der Ressourcen stützt sich auf die Erkenntnisse einer Studie der Fachhochschule Nordwestschweiz, welche die Arbeitsbelastung von Schulleitungen untersucht hat. (BZ)

Stromausfall Oberwil und Bottmingen traf es

In Teilen von Oberwil und Bottmingen ist gestern Mittag der Strom ausgefallen. Betroffen waren 3100 Kunden, wie die EBM mitteilte. Eine Kabelstörung führte um 13.10 Uhr zu einer Abschaltung im Unterwerk in Allschwil. Nach zwölf Minuten konnte ein Grossteil der betroffenen Kunden durch Umschaltung wieder mit Strom versorgt werden. (SDA)

SVP Mathys neuer Sektionspräsident

An ihrer 13. ordentlichen Generalversammlung hat die SVP Biel-Benken Roland Mathys zum neuen Präsidenten gewählt. Mathys' Vorgänger Rinaldo Bearth ist inzwischen aus Biel-Benken weggezogen, was laut Medienmitteilung eine Neuwahl nötig machte. Als neuer Sekretär wurde Thomas Leu bestimmt. (BZ)

Wildender Hund auf der Abschussliste

Wildtierschutz Vor zwei Wochen entkam ein Hund dem Besitzer und riss seither ein Reh

VON BORIS BURKHARDT

Während Vögel, Rehe und andere Tiere ihre Jungen zur Welt bringen und aufziehen, gilt im Wald und am Waldrand eine besondere Schon- und Schutzfrist. Alle 13500 Baselbieter Hunde müssen deshalb ab morgen bis Ende Juli zwingend angeleint werden, wenn sie in Wäldern unterwegs sind. Auf den entsprechenden Passus im Kantonalen Jagdgesetz wiesen in den letzten Tagen sowohl der Kanton wie auch die Gemeinden hin. Teil dieses Jagdgesetzes ist auch die klare Anweisung, dass Jagdaufseher verwilderte Hunde und Hauskatzen schießen können, wenn ihre Besitzer nicht ausfindig gemacht werden können.

Bisher noch kein Hund geschossen

Kantonstierarzt Ignaz Bloch musste bis jetzt allerdings noch nie die Anweisung zum Abschuss geben. Die Disziplin der Hundehalter sei vor allem dort gut, wo die Gemeinden kontrollierten. Auch die Hinweisschilder, die viele Jagdgesellschaften seit letztem Jahr aufhängen, zeigen demnach Wirkung. Dennoch rechnet Bloch damit, dass er eventuell nächs-

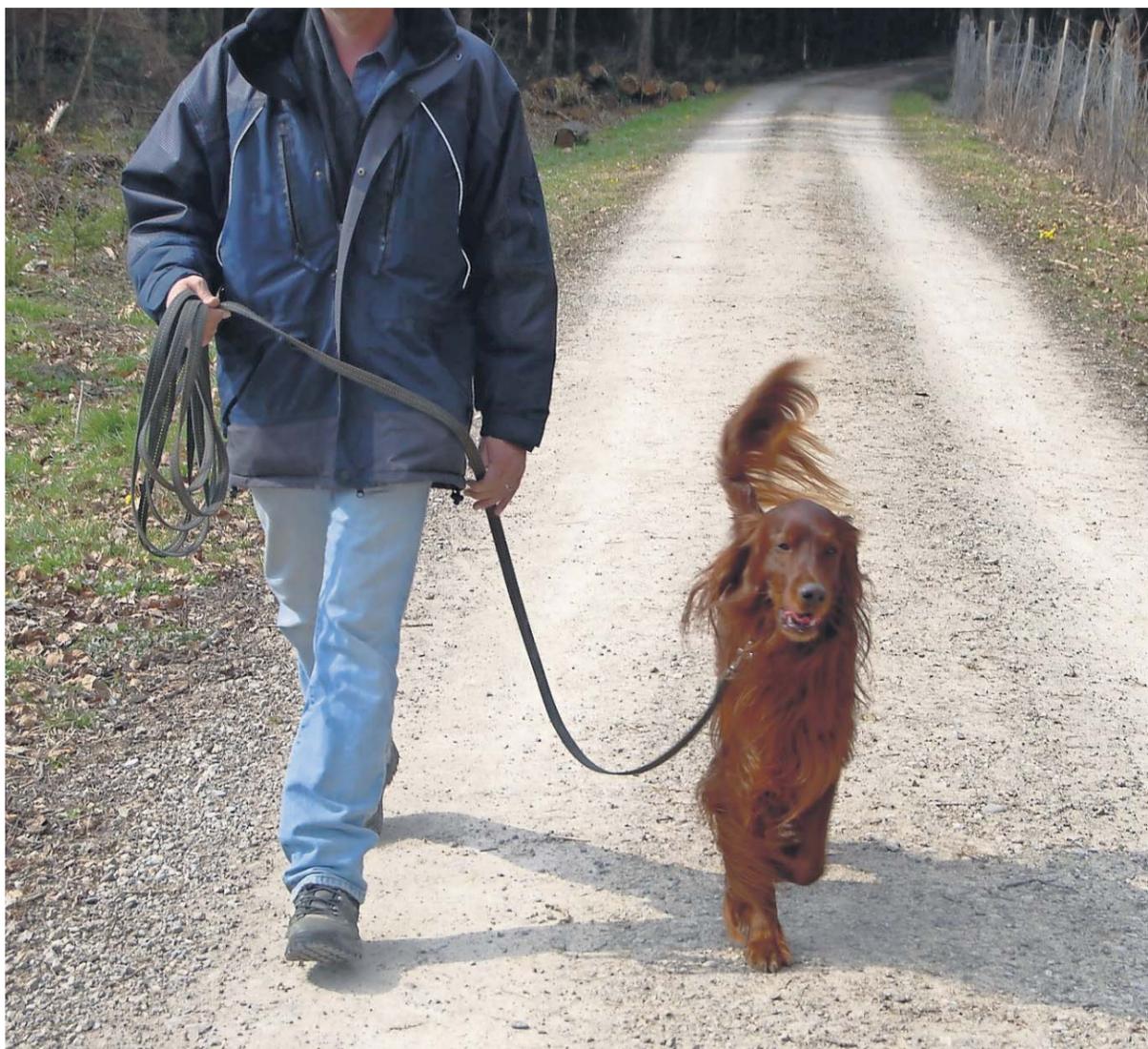
«Jeder Jäger wird es sich viermal überlegen, bevor er einen wildernden Hund schießt.»

Pascal Cueni,
Präsident Jagd Baselland

te Woche erstmals dazu gezwungen sein könnte, einen wildernden Hund zum Abschuss freizugeben.

Seit zwei Wochen ist der Hund in einem Baselbieter Wald unterwegs; am 11. März entwand er sich während eines Spaziergangs dem Halsband und kehrte seither nicht mehr zurück. Bei dem markierten Tier handelt es sich um einen sogenannten «Mallorca-Hund», ein herrenloses Tier, das in Spanien herumstreunte aber legal gekauft und in die Schweiz gebracht wurde.

Von der Kantonspolizei, die die Koordination der Suche übernommen hat, wird er als «ausgesprochen scheu» und «bislang nie aggressiv» be-



So ist es richtig: Ab Sonntag gilt die Leinenpflicht. Auch für den Hund, der sich im Baselbieter Wald losgerissen hat.

SYMBOLBILD ARCHIV / SUSANNE HÖRTH

schrieben. Immer wieder sei er gesichtet, doch nie gefangen worden. Die umliegenden Gemeindepolizeien und die zuständigen Jagdaufseher seien informiert. Anfang der Woche trieb den Hund wohl dennoch der Hunger, ein Reh anzugreifen, das schwer verletzt erschossen werden musste.

Angst vor «Hobbyjägern»

Der Besitzer des Hundes, der der bz bekannt ist, befürchtet, dass Neugierige oder übereifrige «Hobbyjäger» den Hund noch mehr verschüchtern und tiefer in den Wald treiben wür-

den oder ihn sogar schießen könnten. Zusammen mit dem bernischen Wildtierspezialisten Charly Schmid will er deshalb den Hund ködern und vor dem morgigen Beginn der Leinenpflicht betäuben. Nachdem der Hund während der letzten Tage an die Futterstelle gewöhnt wurde, wagte Schmid laut eigener Aussage in der Nacht auf heute den ersten Versuch, den Hund mit Narkosemitteln im Futter zu fangen. Notfalls müsse er das Tier mit dem Betäubungsgewehr schießen.

Der zuständige Jagdaufseher betont gegenüber der bz, dass er den

Hund auch nach Sonntag nicht schießen werde, solange er keine schriftliche Anweisung vom Kanton dazu habe.

Auch Pascal Cueni, Präsident des Verbandes Jagd Baselland, versichert: «Jeder Jäger wird es sich viermal überlegen, bevor er einen wildernden Hund schießt.» Und irgendwelche «Hobbyjäger», die aus Spass in den Wald Hunde schießen gehen, wie es Schmid andernorts schon erlebt haben will, weist er auf das Waffengesetz hin: «Es ist grundsätzlich nicht erlaubt, mit einer Waffe in den Wald zu gehen.»

Das Schimmel-Asylheim unter dem Gemeindehaus

Augst Menschenrechtsaktivistin Anni Lanz prangert Missstände an, welche Asylanten selber verschuldet haben.

VON JOËL HOFFMANN

Vierzehn Asylsuchende wohnen zwischen schimmlichen Wänden. In schmutzigen Wolldecken gehüllt liegen sie eng beieinander, damit sie in der Nacht weniger frieren. Die Zivilschutzanlage unter der Gemeindeverwaltung in Augst sei ein Drecksloch, in dem zu wohnen menschenunwürdig sei. Bereits im Januar prangerte die Menschenrechtsaktivistin Anni Lanz die Missstände in dem Asylheim an.

Misstände schon lange bekannt

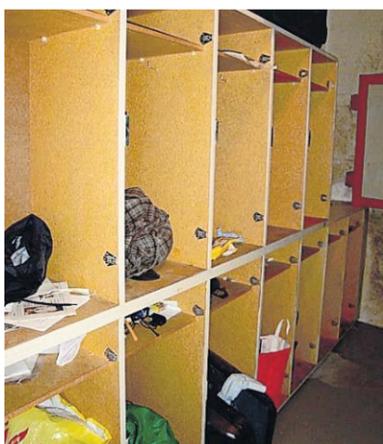
In einer E-Mail an diverse Landräte fügte sie ihren Beobachtungen Fotos als Beweis an. EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger ärgerte sich an der letzten Landratssitzung vom Donnerstag darüber, dass Regierungsrat Adrian Ballmer keinerlei Missstände im Asylwesen ausmachte. Zusammen mit der SP-Landrätin Regula Meschberger will sich Augstburger nun selbst vor Ort ein Bild machen.

Gegenüber der bz betont Anni Lanz, dass sich seit Januar einiges ge-



Menschenrechtsaktivistin Anni Lanz und EVP-Landrätin Elisabeth Augstburger sind empört über menschenunwürdige Lebensbedingungen im Asylheim in Augst.

ZVG



tan habe: Die ABS Betreuungsservice AG, die das Asylheim betreibt, habe den Schimmel beseitigt und eine Holztür eingesetzt, welche die kalte Luft von draussen abhalten soll.

Lanz kritisiert aber, dass die Leute bis zu vier Monaten unter Tag in der Anlage hausen müssten. Zudem könnten die Bewohner ihren Besitz nicht sicher aufbewahren, weil sie keine persönlichen Schliessfächer hätten.

«Wir können aus einer Zivilschutzanlage keine oberirdische Traumwohnung machen», betont Ernst

Klauser, Verwaltungspräsident der ABS. Die ABS übernimmt die Betreuung für 30 Gemeinden die Betreuung der Asylsuchenden.

«Putzen ist Frauenarbeit»

Unterkünfte unter Tag bergen Probleme: Heizen und Lüften seien komplizierter als über Tag – auch Schimmelbefall könne vorkommen. «Das Problem war, dass die Klienten beispielsweise die Stecker der Lüftung rausgezogen haben», erklärt Klauser. Die Stromleitungen wurden neu und zugriffssicher verlegt.



Bereits 2008 war die Anlage für zwei Jahre in Betrieb. Damals gab es keine Probleme. Das liege an der unterschiedlichen Klientel. Damals waren es Leute aus dem Balkan, Somalia oder Tamsien. «Probleme haben wir mit jungen Männern aus Ägypten und Tunesien, die mit einer hohen Erwartungshaltung hier her kommen», erklärt Klauser. Sie hätten nicht verstanden, dass sie für die Sauberkeit mitverantwortlich seien – putzen sei für sie eine Frauenarbeit.

«Die Asylsuchenden haben die abschliessbaren Kästchen einfach ka-

puttgeschlagen», stellt Klauser klar. Darum habe die ABS das Mobiliar nicht erneuert. Ein Kasten sei aber sowieso nicht sicher. Klauser: «Wertgegenstände dürfen die Klienten auch dem Betreuungsteam gegen Quittung abgeben.»

Asylsuchende bedrohten Betreuer

Im Herbst 2011 musste die Anlage kurzfristig geschlossen werden. «Täglich war die Klausur in der Asylunterkunft, weil die ABS-Betreuer bedroht wurden», bestätigt Andreas Blank,

«Die Asylsuchenden haben die abschliessbaren Kästchen einfach kaputtgeschlagen.»

Ernst Klauser, Chef ABS
Betreuungsservice AG

Gemeindepräsident von Augst. Er betont, dass es in seiner Gemeinde keine freien Wohnungen als Alternative zur Zivilschutzanlage gäbe.

Heute habe sich die Lage stark beruhigt, sagt Klauser. «Einerseits, weil die nordafrikanischen Flüchtlinge weniger erwarten und andererseits, weil wir sie intensiver betreuen und kontrollieren.»